



BESCHLUSS

aus der 3. Sitzung
des Haupt - und Finanzausschusses
am Dienstag, 29.11.2016

öffentliche Sitzung

TOP 2.	DS-99/2016	Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden
--------	------------	---

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel unterstützt das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen und fordert gegenüber der Landes- und Bundesregierung gemäß der o. g. Papiere folgende Punkte ein:

1. Die Kommunale Daseinsvorsorge soll von den Marktzugangspflichten in TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.
2. Die Organisationsfreiheit der Kommunen auch über TTIP hinaus soll sichergestellt, Rekommunalisierung jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben.
3. Auf spezielle Investorenschutzregelungen und internationale Schiedsgericht soll gänzlich verzichtet werden. Anwendung finden soll ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler Gerichte.
4. Der Abbau von Handelshemmnissen soll nicht zu Lasten europäischer Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erfolgen.